

Amt für Umweltschutz und Energie
Ressort Ressourcenwirtschaft und Anlagen
z.Hd. v. Dominic Utinger
Rheinstrasse 29
4410 Liestal

Versand per E-Mail an dominic.utinger@bl.ch

Liestal, 4. Februar 2021

Vernehmlassung zum Massnahmenpaket Förderung Baustoffkreislauf Regio Basel

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Reber
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung vom 3. November 2020 zur Vernehmlassung zur oben erwähnten Vorlage. Gerne unterbreiten wir Ihnen hiermit unsere Stellungnahme.

Einleitend ist zu erwähnen, dass die FDP Baselland es richtig findet, dass das Recyclingwesen privatwirtschaftlich organisiert bleibt und gleichzeitig das Recycling verstärkt wird. Aufbereiten und Wiederverwenden sollte im Sinne der Nachhaltigkeit Vorrang vor dem Deponieren erhalten, zumal auch der Deponieraum zunehmend knapper wird. Die FDP begrüsst die gewählte, marktwirtschaftlich orientierte Variante, welche den regulatorischen Eingriff in Grenzen hält und die marktwirtschaftlichen Kräfte weiterhin mit einbezieht. In anderen Kantonen konnten die Baustoffkreisläufe mit ähnlichen Massnahmen verstärkt und die Recyclingquote erhöht werden.

Zu den einzelnen Punkten in der Vorlage:

Die FDP Baselland anerkennt, dass die Einführung einer Rückbaubewilligung ein notwendiger Baustein ist, damit der Baustoffkreislauf stärker in Gang gebracht wird. Der Kanton Baselland würde damit als letzter Kanton mit den übrigen Kantonen gleichziehen, die Bauherren im Kanton Baselland erleiden damit gegenüber anderen Kantonen keinen Standortnachteil.

Es ist wichtig und richtig, dass der Kanton Baselland seine Vorbildfunktion wahrnimmt und sich verpflichtet, wenn immer möglich Recyclingbaustoffe einzusetzen. Denn die Verwendung von

Recycling-Baustoffen hat sich noch nicht etabliert, weshalb noch zu wenig in die Aufbereitung von hochwertigem Recycling-Baustoffen investiert wird. Die Reduktion der im Baselbiet deponierten Materialmengen sollte jedoch aus Sicht der FDP langfristig sogar grösser als die angestrebten 30% sein. Die Bauherrschaft – ob öffentlich-rechtlich oder privat – soll künftig möglichst viel rezykliertes Material abnehmen. Für die FDP ist es deshalb vordringlicher, den Abnahmemarkt für rezyklierte Baustoffe zu vergrössern, als eine Lenkungsabgabe auf Deponiematerial vom Typ A und B einzuführen. Neben der fehlenden Etablierung von Recycling-Baustoffen müssen auch die SIA Normen rasch angepasst werden. Denn rezyklierte Baustoffe sind schon heute teilweise günstiger als neue Baumaterialien, dürfen aber wegen veralteter Normen nicht eingesetzt werden. Diese Hürde gilt es zu beseitigen.

Grundsätzlich ist die FDP aus liberaler Sicht gegen den Einsatz von Lenkungsabgaben, da diese häufig zu sehr in den Markt eingreifen. Bevor eine solche Massnahme ergriffen wird, soll vor allem der Anreiz geschaffen werden, rezykliertes Material einzusetzen. Erst wenn der Markt ein Problem nicht durch Anreize wie die oben genannten lösen kann, soll zur Lenkungsabgabe gegriffen werden.

Die Problematik, die heute bei der Deponie «Höli» besteht, sollte in einem marktgetreuen Sinne korrigiert werden: Eine marktbeherrschende Stellung von einzelnen Playern ist zu vermeiden. Sie wird jedoch mit einer Lenkungsabgabe auf alle Deponieabfälle Typ A und B nicht beseitigt, da für die Aktionäre der Deponie «Höli» dann weiterhin tiefere Preise als für andere Deponien respektive Bauunternehmen gelten würden, weshalb die FDP eine spezifische Marktkorrektur für solche Konstellationen fordert.

Die FDP anerkennt, dass der Kanton Basel-Landschaft der Hauptbetroffene dieser Vorlage sein wird, da mehr als $\frac{3}{4}$ von dem deponierten Volumen von ihm stammt und so die Lenkungsabgabe zwar im Wesentlichen den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern belastet, aber immerhin dann auch an sie zurückerstattet wird. So bleibt dieses Geld dennoch im Wirtschaftskreislauf. Überdies soll durch den Kanton sichergestellt werden, dass eine allfällige Lenkungsabgabe und somit die Erhöhung der Baukosten der öffentlichen Hand nicht in der Reduktion des Volumens an Unterhaltsarbeiten resultiert.

Sollte die Einführung der Lenkungsabgabe trotz unseren Bedenken aber unumgänglich sein, so sollten die daraus entstandenen Mittel zwingend wieder zweckgebunden dem Baustoffzyklus zugeführt werden.

Als Alternative zur Rückführung des Ertrags aus der Lenkungsabgabe für Deponie-Material an die «allgemeine Gesellschaft» über die Reduktion der Abwassergebühren, wäre es unseres Erachtens sinnvoller, wenn der Ertrag einer Spezialfinanzierung zugeführt wird, aus welcher die Kosten für die Sanierung alter, problembehafteter Deponien getragen werden. Damit wäre die Rückführung 100% zweckgebunden und absolut sinnvoll.

Kritisch steht die FDP der Schaffung einer neuen Fachstelle in der Bau- und Umweltschutzdirektion BUD gegenüber, auch wenn die gewählte Lösung im Vergleich zu denen anderer Kantone relativ einfach erscheint. Der Personalbestand der BUD wächst aktuell stark. Die FDP vertritt deshalb die Meinung, dass eine Entlastung resp. Neuorganisation der vorhandenen Bereiche die notwendigen Ressourcen freimachen würde.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen für die Beantwortung allfälliger Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen
FDP.Die Liberalen Baselland



Saskia Schenker
Präsidentin



Andreas Dürr
Fraktionspräsident

Erstellt von: Fachkommission Bau und Planung